

Titel Sichere Fluchtrouten, statt Festung Europa!

AntragstellerInnen Sachsen

Zur Weiterleitung an

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

Sichere Fluchtrouten, statt Festung Europa!

1 3Der Juso-Bundeskongress möge beschließen und an den SPD-Bundesparteitag weiterleiten:

2 Durch die Europäische Menschenrechtskonvention hat sich die Europäische Union dazu verpflichtet, das Recht jedes
3 Menschen auf Leben zu schützen. Durch die von ihr praktizierte Abschottungspolitik verfehlt und verletzt die EU
4 dieses selbstgesetzte Ziel. Statt Vorbild für den Schutz von Menschenrechten zu sein, trägt die EU dazu bei Menschen
5 an ihrer Flucht zu hindern. Die bestehende Politik der EU, Migration sowohl auf dem afrikanischen Kontinent als auch
6 bei der Überfahrt über das europäische Mittelmeer ist nicht hinzunehmen. Die SPD hat dafür Sorge zu tragen, diese
7 Politik zu beenden. Daher fordern wir:

8 1. **Einreise**

9 Die Flucht vor Lebensgefahren muss für alle Menschen legal sein und sicher sein. Dazu soll das Instrument der hu-
10 manitären Visa geschaffen werden, mit denen asylberechtigte Menschen einreisen können.

11 1. **Ressourcen**

12 Auf allen Stationen der Migration müssen die zuständigen Behörden finanziell und personell ausreichend besetzt
13 sein. Dazu gehört, dass die Arbeit in Botschaften im Ausland und bei Gerichten im Inland stattfinden kann.

14 1. **Europaweite Regelungen**

15 Geflüchteten soll es nach einer Einreise in die EU freistehen, in welchem Mitgliedsstaat sie Asyl beantragen wollen.
16 Auch sollen EU-weite Mindeststandards für Unterbringung, Betreuung, Asylverfahren und Rechtsschutz gelten. Die
17 EU muss diese Ansprüche zur Not auch gegen die Mitgliedsstaaten durchsetzen.

18 1. **Entlastung von Mittelmeerländern**

19 Die aus Seenot gerettet Menschen, die gegenwärtig in den Ländern mit südlicher EU-Außengrenze ausharren, müssen
20 auf alle Mitgliedsstaaten der EU solidarisch verteilt werden. Die Wahlfreiheit der Geflüchteten ist dabei zu berücksich-
21 tigen. Für Staaten, die mehr oder weniger Menschen aufnehmen, relativ zu ihrer Einwohnerzahl und Wirtschaftskraft,
22 ist ein Ausgleichsmechanismus zu schaffen.

23 1. **Europäische Seenotrettung**

24 Die Europäische Union soll eine europäische Seenotrettungsmission nach dem Vorbild der „Mare Nostrum“ schaf-
25 fen. Dieser und anderen im Mittelmeer agierenden NGOs ist durch entsprechende Maßnahmen ein Mindestmaß an
26 Sicherheit zu garantieren. Die Aufbauhilfe für die libysche Küstenwache ist bis auf weiteres einzustellen, solange bis
27 diese ihre Übergriffe auf NGOs dauerhaft einstellt.

28 1. **Flüchtlingscamps**

29 Um die Zustände den Flüchtlingscamps zu verbessern und dauerhaft auf einem humanitären Mindestmaß zu er-
30 halten, muss der Überlastung in den Hotspots entgegengewirkt werden. Dazu sollen die Zusagen im Relocation-
31 Programm verbindlich werden und aktiv umgesetzt werden. Bei der Auswahl der geeigneten Kandidat*innen für
32 das Relocation-Programm ist im nötigen Maße auf das Kriterium der Vulnerabilität zu achten.

33 1. Familiennachzug

34 Die Zusammenführung von Familien aus Drittstaaten (nicht-EU) mit in Deutschland oder einem anderen Mitgliedstaat
35 anerkannten Flüchtlingen muss schneller und unbürokratischer ermöglicht werden.

36 1. Keine Obergrenzen

37 Sämtliche Obergrenzen, die darauf abzielen einzuschränken wie viele Menschen in europäische Staaten einreisen
38 dürfen, sollen so schnell wie möglich aufgehoben werden.

39 1. Keine Deals zur gewaltsamen Zurückhaltung von Flüchtenden

40 Die Praxis des Abschlusses sogenannter „Flüchtlingsdeals“ sowie informelle Abkommen über die gewaltsame Zurück-
41 haltung von flüchtenden Menschen ist aus humanitären Gründen nicht zu rechtfertigen und abzulehnen.

42 1. Balkanroute

43 Auch auf der Balkanroute, die sich seit der Grenzsicherungen der Regierung Ungarns und Kroatiens nach Westen
44 verschiebt, muss den Menschen entsprechend geholfen werden. Die praktizierten Methoden der Polizei mit Tränen-
45 gas, Polizeihunde und physischer Gewalt gegen Flüchtenden vorzugehen, muss geahndet werden.

46 1. Identitätsnachweis

47 Aufgrund der oftmals chaotischen Fluchtumstände ist der Nachweis der Identität durch die Geflüchteten realistisch
48 oft nicht zu leisten. Dies wird aber im sog. Geordnet-Rückkehr-Gesetz des CSU geführten Innenministeriums gefor-
49 dert. Die SPD muss sich deshalb gegen die geplante Nachweispflicht der eigenen Identität durch die Geflüchteten
50 einsetzen.

51 1. Finanzen

52 Für die Wahrnehmung dieser Aufgaben braucht es eine ausreichende Finanzierung. Für die Kosten sollen alle gesell-
53 schaftlichen Schichten nach ihrer Leistungsfähigkeit herangezogen werden. Ein Ausspielen gesellschaftlicher Grup-
54 pen gegeneinander darf es nicht geben. Die Verwendung verteilungspolitischer Instrumente zur Kostendeckung muss
55 eine Option sein.

56 1. Gesellschaftliches Klima

57 Auch das gesellschaftliche Klima des umgreifenden Rassismus muss bekämpft werden. Die SPD muss sich in dieser
58 Frage klar positionieren und ggf. auch Stellung gegen ihre Koalitionspartner*innen beziehen. Geflüchteten Menschen
59 müssen ausreichend Sprach- und/oder Integrationskurse zur Verfügung gestellt werden. Geflüchtete Menschen sol-
60 len uneingeschränkt Arbeit oder Bildung genießen dürfen.

61 1. Lokales

62 Vielerorts wurden bereits Städte zu „sicheren Häfen“ für Geflüchtete erklärt. Die lokalen SPD-Gruppen sollen sich für
63 eine Aufnahme ihrer jeweiligen Städte einsetzen. Weiterhin soll die SPD auf allen Ebenen die Arbeit der „Seebrücke“
64 unterstützen.